

Einheitsgemeinde – Fragen und Antworten

Die Schule Elgg hat heute ein grosses schulisches und ausserschulisches Angebot, bietet eine lernförderliche Atmosphäre, betreibt fortschrittliche Schulentwicklung und packt grosse Projekte wie die Schulraumerweiterung proaktiv und selbstständig an. Sie agiert haushälterisch mit den Gemeindefinzen und bietet ein gutes Arbeitsklima. Schule und Behörde stellen das Wohl der Kinder ins Zentrum. Darauf will die Schulpflege ihre Energie auch in Zukunft verwenden und nicht in Verwaltungs- und Organisationsprojekte wie der Fusion.

Im Folgenden finden Sie die wichtigsten Fragen und Antworten zu....

Grossbauten – käme Elgg in einer Einheitsgemeinde schneller und einfacher zur Sporthalle?

Die laufenden Projekte – die Schulraumerweiterung und die Planung der Grosshalle – kommen gut voran. Die notwendigen Absprachen haben Gemeinde, Schule und die Genossenschaft IGEL bereits getroffen. Von einer allfälligen Zusammenlegung kann die Grosshalle nicht profitieren. Im Gegenteil, es werden für den Zusammenlegungsprozess Ressourcen freigespielt werden müssen, die besser für die Bauprojekte eingesetzt werden könnten.

Weitere grosse Infrastrukturbauten, welche Gemeinde und Schule gemeinsam angehen müssten, sind auf längere Sicht nicht geplant. Es gibt darüber keine Visionen oder gar konkrete Vorstellungen.

Schulraumplanung ist eine strategische Aufgabe und würde auch in einer Einheitsgemeinde weiterhin von der Schulpflege wahrgenommen werden müssen. Mögliche Absprachen mit der Gemeinde, was die Infrastruktur angeht, müssten weiterhin getroffen werden.

Liegenschaften – was bringt die Einheitsgemeinde für die Bewirtschaftung der Liegenschaften von Schule und Gemeinde?

Die Liegenschaften sind durch die Schule bereits heute gut und günstig bewirtschaftet, weil der Vorsteher des Ressorts Liegenschaften die Bewirtschaftung in seinem Milizamt leistet. Das würde sich in einer Einheitsgemeinde wohl ändern. Die Liegenschaften würden wohl zusammen verwaltet und bewirtschaftet werden. Aus heutiger Sicht käme dafür nur das Bauamt der Gemeinde Elgg in Frage. Das dürfte einen weiteren Ausbau und eine teure Professionalisierung auf der

Gemeindeverwaltung bedeuten. Beim gemeinsamen Materialeinkauf für den Liegenschaftenunterhalt wären vermutlich kleine Synergieeffekte möglich.

Eine neue Gemeindestruktur für Elgg – ist die Bildung einer Einheitsgemeinde ein einfacher Schritt?

Die Auflösung der Primarschulgemeinde und die Bildung einer Einheitsgemeinde ist ein gewichtiger Schritt in der Geschichte Elggs. Die Idee, die politische Gemeinde und die Schulgemeinde zusammenzulegen, hat vor allem strukturelle Gründe. Das kann in kleinen Gemeinden, in welchen die Behörden wegen der zunehmenden Komplexität der Aufgaben an Grenzen stossen, Sinn machen. Im Gegensatz zu diesen Gemeinden ist aber in Elgg das Milizsystem noch sehr verankert. Es existiert eine sehr lebendige Politikultur mit aktiven Parteien und Vereinigungen. Bei Gesamterneuerungswahlen kommt es immer zu Kampfwahlen. Das muss nicht ohne Not aufgebrochen werden.

Einzelinitiative zur Bildung einer Einheitsgemeinde Elgg – wird nicht einfach mal geprüft, ob sich das lohnt?

Es ist keine einfache Überprüfung, wie sie in vielen Organisationen als periodisches Überdenken häufig vorkommt. Wenn am 27. September JA gestimmt wird, dann erhalten die politische Gemeinde und die Schulgemeinde einen sehr klaren Auftrag: Sie müssen eine Vorlage für eine gemeinsame Gemeindeordnung ausarbeiten. Sie werden unter anderem die neue Gemeindestruktur, das Funktionieren der Schulpflege als Kommission, die mögliche Angliederung der kommunalen Angestellten der Schule bei der Gemeinde und die Finanzkompetenzen des neuen Gemeinderates ausarbeiten. Dazu können dann die Stimmberechtigten in einer zweiten Abstimmung Stellung nehmen. Damit ist die Einzelinitiative zur Auflösung der Primarschulgemeinde Elgg und zur Bildung einer Einheitsgemeinde kein einfacher Prüfauftrag. Wer anderes behauptet, betreibt Etikettenschwindel.

Verlust der Souveränität – was bedeutet das?

Die Einzelinitiative will die Auflösung der Primarschulgemeinde. Damit verliert die Schule den Status als eigenständige Gemeinde. Sie ist nicht mehr autonom und wird zu einer im Namen des Gemeinderates agierenden Kommission. Das ursprüngliche direkte Antragsrecht, das sie als eigenständige Gemeinde hatte, gibt es so nicht mehr. Als Recht müsste dieses in die neue Gemeindeordnung eingeschrieben werden und so auch von den Stimmberechtigten bestätigt werden. Allerdings ist es nur schwer vorstellbar, dass die Schulpflege-Kommission gegen den Willen des Gesamtgemeinderates einen eigenen Antrag an die Gemeindeversammlung stellen würde, beispielsweise in Budgetangelegenheiten.

Einheitsgemeinde – Chance für die Schulbehörde?

Schulgemeinden sind heute professionell aufgestellte Organisationen. Die Schulpflege steht als gewählte Milizbehörde den Schulleitungen und Schulverwaltungen vor. Diese übernehmen im operativen Tagesgeschäft die pädagogische und die administrative Leitung der Schule. Das ist auch in der Primarschule Elgg so. Das Kerngeschäft der Schulpflege umfasst heute eben vor allem strategische Planung, Führung der Leitungspersonen und Qualitätssicherung. Zur strategischen Planung gehört die Bereitstellung von ausreichend Schulraum in der gewünschten Qualität. Dazu gehören auch Hort, Tagesschulräume und Sporthallen. Im Finanzbereich geht es vor allem um die mehrjährige Finanzplanung und eine optimierte Steuerfusspolitik. Diese Aufgaben erfüllt die Schulpflege Elgg seit langem. Dazu braucht es keinen Zusammenschluss mit der politischen Gemeinde.

Finanzen – wird es günstiger mit der Einheitsgemeinde?

Die Primarschule Elgg ist die sechstgünstigste Primarschule im Kanton. Eine Fusion bringt keinen finanziellen Vorteil. Im Gegenteil, der Prozess der Zusammenführung kostet mehrere hunderttausend Franken. Das zeigt die Erfahrung aus dem Prozess der Fusion mit Hofstetten. Kantonale Beispiele belegen zudem, dass es im Nachgang zur Fusionen nicht zu Steuerersparnissen gekommen ist. Dies deckt sich mit wissenschaftlichen Untersuchungen zu Gemeindefusionen, die keine signifikanten Sparpotenziale erheben konnten.

Synergien nutzen mit der Einheitsgemeinde – gibt es überhaupt Synergiepotential?

Das behauptete Synergiepotential ist bereits ausgenutzt. Gemeinde und Schulgemeinde arbeiten im Bereich der Bibliothek, beim Hort und bei den Finanzen bereits zusammen. Die Gemeinde übernimmt schon heute die Finanzverwaltung des Schulgutes, wodurch auch in diesem Bereich kein Optimierungspotential und damit auch kein Sparpotential vorhanden ist. Auch im Bereich der Liegenschaften werden Synergieeffekte angekündigt. Diese können aber nicht ausreichend belegt werden. Grundsätzlich haben Schule und politische Gemeinde nur wenig Überschneidungsbereiche. In diesen treffen sie aber bereits heute alle notwendigen Absprachen.

Organisation und Verwaltung – wird nicht alles auch für die Schule einfacher in einer Einheitsgemeinde?

Der Einsitz des Schulpräsidiums im Gemeinderat bringt der Schule kaum Vorteile gegenüber der eigenständigen Schulgemeinde. Für das Schulpräsidium wird die Aufgabe anspruchsvoller. In einem Gremium von 7 Gemeinderäten ist die Schule durch das Schulpräsidium zwar vertreten, doch die Schule kann mit nur einer Stimme (gegen 6 andere Stimmen) ihre Anliegen vertreten. Zusätzlich wird der Aufwand für

das Schulpräsidium sehr gross, muss es sich doch neben den Schulthemen mit allen Gemeinderatsgeschäften fundiert. Zudem ist das Zusammenführen zweier Behörden und Verwaltungen mit unterschiedlichen Kulturen ein sehr aufwändiger Prozess. Es geht nicht nur um einen formellen Rechtsakt, sondern um ein Zusammenführen, ja um ein Zusammenwachsen zweier Organisationen. Diesen Integrationsprozess müssen die Behörden, aber auch die kommunalen Angestellten, leisten. Dabei werden Ressourcen gebunden, die besser eingesetzt werden könnten.

Schülerinnen und Schüler – was bringt ihnen die Einheitsgemeinde?

Für die Kinder in Elgg würde sich in einer Einheitsgemeinde grundsätzlich nichts ändern. Sie würden weiterhin in ihren Kindergärten und ihre Schulhäuser gehen. Aber die Zusammenlegung brächte für sie auch keinen Mehrwert. Der Schulbetrieb im Alltag wäre kaum unmittelbar und sofort berührt. Jedoch die Schule als Ganzes, der Betrieb, die Behörde und die kommunalen Angestellten, wären betroffen.

Angestellte der Schule – was würde sich für sie ändern?

Für die kantonalen Angestellten wie Lehrpersonen würde sich in einer Einheitsgemeinde nichts ändern. Aber auch sie wären am Rande vom Integrationsprozess betroffen, da es eine Reihe von offenen Fragen zur neuen Organisation zu klären gäbe. Diese betreffen vor allem die Bereiche der Schulverwaltung und der Liegenschaften. Unsicher ist, ob und wie die Schulverwaltung oder das Hausteam in die Verwaltung der politischen Gemeinde integriert werden sollen.

Braucht es mehr Zusammenarbeit in den Bereichen Gesundheit, Verkehr und Sicherheit, Jugend und Soziales?

Diese Bereiche sind bereits heute bei der politischen Gemeinde angesiedelt. Sie sind nicht die Kernaufgaben der Schulpflege der Primarschule. Wenn Absprachen nötig sind, werden diese heute schon niederschwellig und effizient getroffen. Es braucht für die Absprachen keine Zusammenlegung der Gremien.

Es gibt keine Nachteile für die Schule in einer Einheitsgemeinde – oder eben doch?

Für die Schule gibt es sehr wohl Nachteile bei einer Einheitsgemeinde im Gegensatz zu heute. Sie verliert ihr hier bisheriges direktes Antragsrecht als eigenständige Gemeinde. Die Behörde hat als Kommission zwar die gleichen Pflichten, aber weniger Kompetenzen. Das Schulbudget als Teil des Gesamtgemeindebudgets steht in einer Einheitsgemeinde in direkter Konkurrenz zu allen anderen

Gemeindeangelegenheiten. Für die Schule werden die Organisationsstrukturen in der Einheitsgemeinde aufwändiger und träger. Und der langwierige Prozess des Zusammenschlusses und vor allem der Zusammenführung verlangen der Behörde grossen Aufwand und Ressourcen ab.

Sekundarschule – warum sie zur Primarschule gehört. Oder warum ist nicht auch sie Gegenstand der Einzelinitiative?

Die Schulbehörde schlägt vor, die Fusion mit der Sekundarschule Elgg zu prüfen. Aus schulischer Sicht macht das Sinn, da im Gegensatz zur politischen Gemeinde tatsächlich jährliche Absprachen mit der Sekundarschule nötig sind. Dieser Koordinationsaufwand könnte mit einer Gesamtschule Elgg viel besser und zum Wohle der Kinder und Jugendlichen gelöst werden. Von einer gemeinsamen Lehr- und Lernkultur könnten alle Schülerinnen und Schüler profitieren. Die zukunftsweisende Fusion wird aber mit der Einzelinitiative nicht geprüft. Sie bleibt somit auf lange Sicht blockiert.